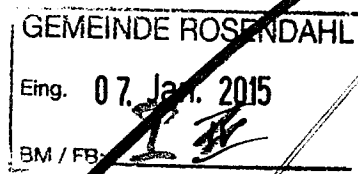


SPD Fraktion im Rat der Gemeinde Rosendahl
c.o. Martin Branse
Billerbecker Straße 1
48720 Rosendahl
martin.branse@online.de

Anlage
SPD
Sozialdemokratische
Partei Deutschlands

Gemeinde Rosendahl
- Herrn BM Niehues-
Hauptstraße 30
48720 Rosendahl



ROSENDAHL

Darfeld; den 06.01.2015

Sitzung des Gemeinderates am 29.01.2015

Sehr geehrter Herr BM Niehues;

mit Schreiben vom 23.12.2014 hatte die Bürgerinitiative "Gegen die Änderung der KAG-Satzung in Rosendahl" in die Gaststätte "Altdeutsche Pilsstuben" Sengenhorst, Hauptstraße 9 in Osterwick geladen.

Thematisiert wurde die geplante Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Gemeinde Rosendahl.

In dieser Versammlung wurde (wie auch der Presse zu entnehmen war) der Wunsch nach einer weiteren Versammlung im Rathaus geäußert.

Antrag

Die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rosendahl beantragt eine Versammlung der Einwohner nach § 23 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung NRW zur geplanten Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Gemeinde Rosendahl durchzuführen.

Begründung

Von der beabsichtigten Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Gemeinde Rosendahl ist nicht nur die Bürgerinitiative "Gegen die Änderung der KAG-Satzung in Rosendahl" betroffen, sondern potentiell alle Bürger (vergleiche Leserbrief von Björn Bertmaring; AZ vom 02.01.2015).

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) sieht bei wichtigen Planungen und **Vorhaben der Gemeinde, die unmittelbar raum- oder entwicklungsbedeutsam sind oder das wirtschaftliche oder soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner nachhaltig berühren vor, dass die Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen, sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen unterrichtet werden .**

Diese Unterrichtung ist in der Regel so vorzunehmen, dass Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung besteht.(§ 23 Abs.2 Satz 1 GO)

Berichterstattung und Leserbriefe in der lokalen Presse und der Applaus aufgrund des Vorschlages einer Veranstaltung im Rathaus lassen vermuten, dass eine weitere Aussprache zu diesem Thema gewünscht wird.

Dort könnten auch von Seiten der Verwaltung weitere Erklärungen zu

- **Grundlagen**
- **Zielen**
- **Zweck
und**
- **Auswirkungen**

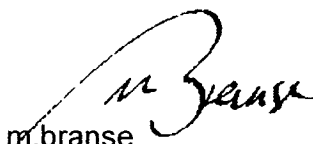
des geplanten Vorhabens gegeben werden.

Es scheint in dieser Angelegenheit ein erhebliches Informationsdefizit zu geben, wie sich aus der auszugsweise abgedruckten Berichterstattung der AZ vom 23.12.2014 (s.o.) ergibt

" Die Teilnehmer zeigten sich empört, dass eine solch wichtige Entscheidung ohne Information der Bürger verabschiedet werden solle, wie es in einer Pressemitteilung heißt. Sie sehen es nicht ein, „dass sie die Letzten sein sollen, die hier die Hunde beißen, sprich für die Sanierung des Gemeindehaushaltes bluten sollen.“ "

Wir sind der festen Überzeugung dass durch diese Einwohnerversammlung einige Missverständnisse ausgeräumt werden können.

Der Rat der Gemeinde Rosendahl sollte erneut gemeinsam mit den Bürgern und insbesondere den Anwohnern nach alternativen Finanzierungsmodellen suchen, da aus der Suche bisher keine endgültigen Resultate oder Ergebnisse hervorgegangen sind. Auch deshalb halten wir die Einwohnerversammlung für erforderlich.



m.branse
(SPD-Fraktionsvorsitzender)